



Der politische Streit über den Klimawandel wird meist entlang von Temperaturkurven, Emissionszielen oder Energiepreisen geführt. Weit weniger sichtbar, aber womöglich folgenreicher ist ein anderer Zusammenhang: die Wechselwirkung zwischen ökologischer Destabilisierung und der Ausbreitung infektiöser Krankheiten. Lange galt dies als Randthema von Epidemiologen und Umweltforschern. Heute gehört es zu den zentralen sicherheitspolitischen Fragen des 21. Jahrhunderts.

Die Aussage, der Klimawandel begünstige neue Krankheiten, wird im politischen Diskurs häufig zugespitzt oder polemisch verkürzt. Doch hinter der Formel steht ein wissenschaftlich breit abgestützter Befund. Nicht das Klima selbst erzeugt Viren. Es verändert jedoch jene ökologischen Bedingungen, unter denen Krankheitserreger, Tiere und Menschen miteinander in Kontakt treten. Genau darin liegt die eigentliche Brisanz.

## Verschobene Lebensräume, neue Risiken

Der Anstieg globaler Durchschnittstemperaturen verändert weltweit die Verbreitungsgebiete zahlreicher Tier- und Insektenarten. Was zunächst wie eine abstrakte ökologische Verschiebung erscheint, hat unmittelbare gesundheitspolitische Konsequenzen.

Besonders sichtbar wird dies bei sogenannten Vektoren — Organismen, die Krankheitserreger übertragen. Mückenarten wie die asiatische Tigermücke breiten sich inzwischen bis nach Mitteleuropa aus. Zecken, die Borreliose oder FSME übertragen, finden in höheren Lagen und nördlicheren Regionen zunehmend geeignete Lebensbedingungen. Regionen, die früher klimatisch als natürliche Barriere wirkten, verlieren diese Schutzfunktion.

Damit verändert sich die geografische Landkarte infektiöser Krankheiten. Krankheiten, die einst als tropisch galten, rücken näher an europäische Ballungsräume heran. Die Gesundheitsinfrastruktur westlicher Staaten ist auf diese Entwicklung nur bedingt vorbereitet. Die Herausforderung liegt weniger in einzelnen spektakulären Epidemien als in der schleichenden Normalisierung neuer Risiken.

## Die gestörte Ordnung der Ökosysteme

Mindestens ebenso bedeutsam wie die Temperaturentwicklung ist die Zerstörung natürlicher Lebensräume. Abholzung, Bodendegradation, Waldbrände oder extreme Dürren drängen Wildtiere näher an menschliche Siedlungen. Dadurch steigt die Wahrscheinlichkeit sogenannter Spillover-Ereignisse — also der Übertragung von Krankheitserregern vom Tier auf den Menschen.



Rund drei Viertel aller neu auftretenden Infektionskrankheiten beim Menschen stammen nach Schätzungen internationaler Gesundheitsorganisationen ursprünglich aus dem Tierreich. Ebola, SARS, MERS oder Covid-19 sind prominente Beispiele für solche Zoonosen.

Der entscheidende Punkt besteht darin, dass ökologische Stabilität auch eine Form biologischer Distanz schafft. Intakte Ökosysteme wirken gewissermaßen als Puffer zwischen Arten. Werden diese Systeme zerstört, verdichten sich die Kontakte zwischen Menschen, Nutztieren und Wildtieren. Das erhöht statistisch die Wahrscheinlichkeit neuer Krankheitssprünge.

Die moderne Weltwirtschaft verstärkt diesen Effekt zusätzlich. Globale Lieferketten, Massentierhaltung, Urbanisierung und internationale Mobilität erzeugen eine bis dahin unbekannte Geschwindigkeit der Verbreitung. Ein lokaler Ausbruch kann innerhalb weniger Tage globale Konsequenzen entfalten.

## Die Wissenschaft spricht von Wahrscheinlichkeiten

Gerade in politischen Debatten wird häufig eine mechanische Kausalität suggeriert: Der Klimawandel verursache Pandemien. Eine solche Verkürzung hält wissenschaftlicher Prüfung jedoch nicht stand.

Pandemien entstehen nie monokausal. Sie sind das Ergebnis komplexer Wechselwirkungen zwischen biologischen, sozialen und ökonomischen Faktoren. Bevölkerungsdichte, Gesundheitsversorgung, internationale Verkehrsnetze, Ernährungssysteme und staatliche Krisenreaktionen spielen dabei ebenso zentrale Rollen wie ökologische Veränderungen.

Covid-19 etwa gilt nicht als direkte Folge des Klimawandels. Die meisten Forschungen konzentrieren sich vielmehr auf den engen Kontakt zwischen Menschen und Wildtieren, möglicherweise in Märkten mit lebenden Tieren. Dennoch argumentieren zahlreiche Wissenschaftler, dass globale Umweltveränderungen die Wahrscheinlichkeit solcher Übersprünge insgesamt erhöhen.

Genau hier liegt die entscheidende Differenz zwischen Wissenschaft und Politik. Die Wissenschaft arbeitet mit Risikoerhöhungen, statistischen Wahrscheinlichkeiten und multifaktoriellen Modellen. Die Politik hingegen neigt zu klaren Schuldzuweisungen und einfachen Narrativen.

Das erklärt auch, weshalb Aussagen mancher Politiker zwar im Kern auf realen



Forschungsergebnissen beruhen, rhetorisch aber oft weiter gehen als der eigentliche wissenschaftliche Konsens.

## „One Health“ als geopolitisches Konzept

In internationalen Organisationen hat sich deshalb in den vergangenen Jahren ein neuer Leitbegriff etabliert: „One Health“. Dahinter steht die Erkenntnis, dass menschliche Gesundheit, Tiergesundheit und ökologische Stabilität nicht getrennt voneinander betrachtet werden können.

Diese Sichtweise markiert einen tiefgreifenden Paradigmenwechsel. Gesundheitspolitik wird damit nicht länger ausschließlich als Aufgabe von Krankenhäusern oder Pharmsystemen verstanden, sondern als Teil einer umfassenden Umwelt- und Sicherheitspolitik.

Die Konsequenzen reichen weit über medizinische Fragen hinaus. Staaten müssen künftig Biodiversität, Landwirtschaft, Stadtplanung und Klimapolitik stärker als Elemente präventiver Gesundheitssicherung begreifen. Pandemievorsorge wird damit zu einer Frage strategischer Resilienz.

Besonders Entwicklungsländer geraten dabei unter Druck. Viele Regionen Afrikas, Südasiens oder Lateinamerikas erleben gleichzeitig rasantes Bevölkerungswachstum, ökologische Zerstörung und schwache Gesundheitssysteme. Dort könnten sich die Folgen klimabedingter Krankheitsdynamiken besonders drastisch entfalten.

Für Europa bedeutet dies wiederum eine neue Form globaler Verwundbarkeit. Infektionskrankheiten kennen keine nationalen Grenzen. Gesundheitspolitik wird damit zwangsläufig zur Außen- und Sicherheitspolitik.

## Zwischen Alarmismus und Verdrängung

Die eigentliche Gefahr der Debatte liegt heute weniger im wissenschaftlichen Dissens als in der politischen Überreaktion auf beiden Seiten. Einerseits existiert ein alarmistischer Diskurs, der jede neue Epidemie unmittelbar dem Klimawandel zuschreibt. Andererseits gibt es nach wie vor Stimmen, die jeglichen Zusammenhang bestreiten und ökologische Faktoren vollständig ausblenden.

Beide Positionen verkennen die Komplexität moderner Krisendynamiken.



Der gegenwärtige Forschungsstand spricht weder für apokalyptische Gewissheiten noch für Entwarnung. Er deutet vielmehr auf eine strukturelle Verschiebung von Risiken hin. Eine wärmere und ökologisch instabilere Welt erhöht die Wahrscheinlichkeit neuer Infektionskrankheiten – nicht automatisch, aber messbar.

Damit verändert sich auch der Charakter staatlicher Verantwortung. Klimapolitik erscheint nicht mehr nur als langfristige Umweltfrage, sondern zunehmend als Teil präventiver Gesundheitspolitik. Wer heute über Emissionsreduktion, Biodiversität oder Landnutzung spricht, diskutiert indirekt auch über die Stabilität zukünftiger Gesundheitssysteme.

Die nächste Pandemie wird vermutlich nicht allein durch das Klima entstehen. Doch eine Welt im ökologischen Ungleichgewicht schafft Bedingungen, unter denen solche Krisen wahrscheinlicher werden. Genau darin liegt die eigentliche politische Herausforderung: nicht in simplen Ursache-Wirkungs-Erzählungen, sondern in der Fähigkeit moderner Gesellschaften, komplexe Risiken frühzeitig zu erkennen und institutionell darauf zu reagieren.

Andreas M. Brucker